

Vorbemerkung

Das Fragezeichen hinter dem Titel meines Referates steht für drei Fragen, mit denen ich mich nachstehend befassen möchte:

1. Was macht die Schule zu einer Bildungs- und Lehranstalt, die selbst nicht zu lernen braucht?
2. Wie hängt das Gebot der Nachhaltigkeit mit dem zunehmenden Erwartungsdruck auf die Schule zusammen?
3. Warum und in welcher Weise braucht die Schule Probleme (wie das Energiesparen) um ihre eigenen Probleme zu lösen und sich öffnen und nachhaltig entwickeln zu können?

Zu Frage 1:

1.1) Schule als Blackbox:

Bildung gehört, nach allgemeiner Meinung, zu den wichtigsten Ressourcen der Zukunft. Einigkeit herrscht auch, daß die Schule dringend weiter entwickelt werden muß, um mit den wachsenden Anforderungen Schritt halten zu können (Auch die neuen bayerischen Umweltrichtlinien weisen in diese Richtung). Um so unverständlicher erscheint die Zögerlichkeit und Inkonsequenz, mit der diese Entwicklung (trotz Pisa) bis heute betrieben wird. Ein Phänomen, das vielleicht besonders aber nicht nur auf Deutschland zutrifft. Herbert Altrichter, ein österreichischer Erziehungswissenschaftler, schrieb dazu schon vor einiger Zeit:

„Neue Ansprüche werden an Schulen herangetragen, ohne daß alte aufgegeben werden. Neue Praxis wird gefordert, ohne daß ihr entsprechende Ressourcen mitgegeben werden. Eine „Neue Kultur“ soll entstehen, während die Rahmenbedingungen für die alte weiter in Kraft bleiben“
Zeitschr. für Pädagogik, 41. Beiheft 00 S.109)

Um solche scheinbaren Widersprüche der Schulentwicklung besser verstehen zu können, ist es nützlich, sich die heutige Schule und in dieser speziell das Handeln der Lehrkräfte als eine Art Blackbox vorzustellen. Man kennt zwar die offiziellen In- und Outputs, weiß aber nicht genau, was im Inneren der Box vor sich geht.

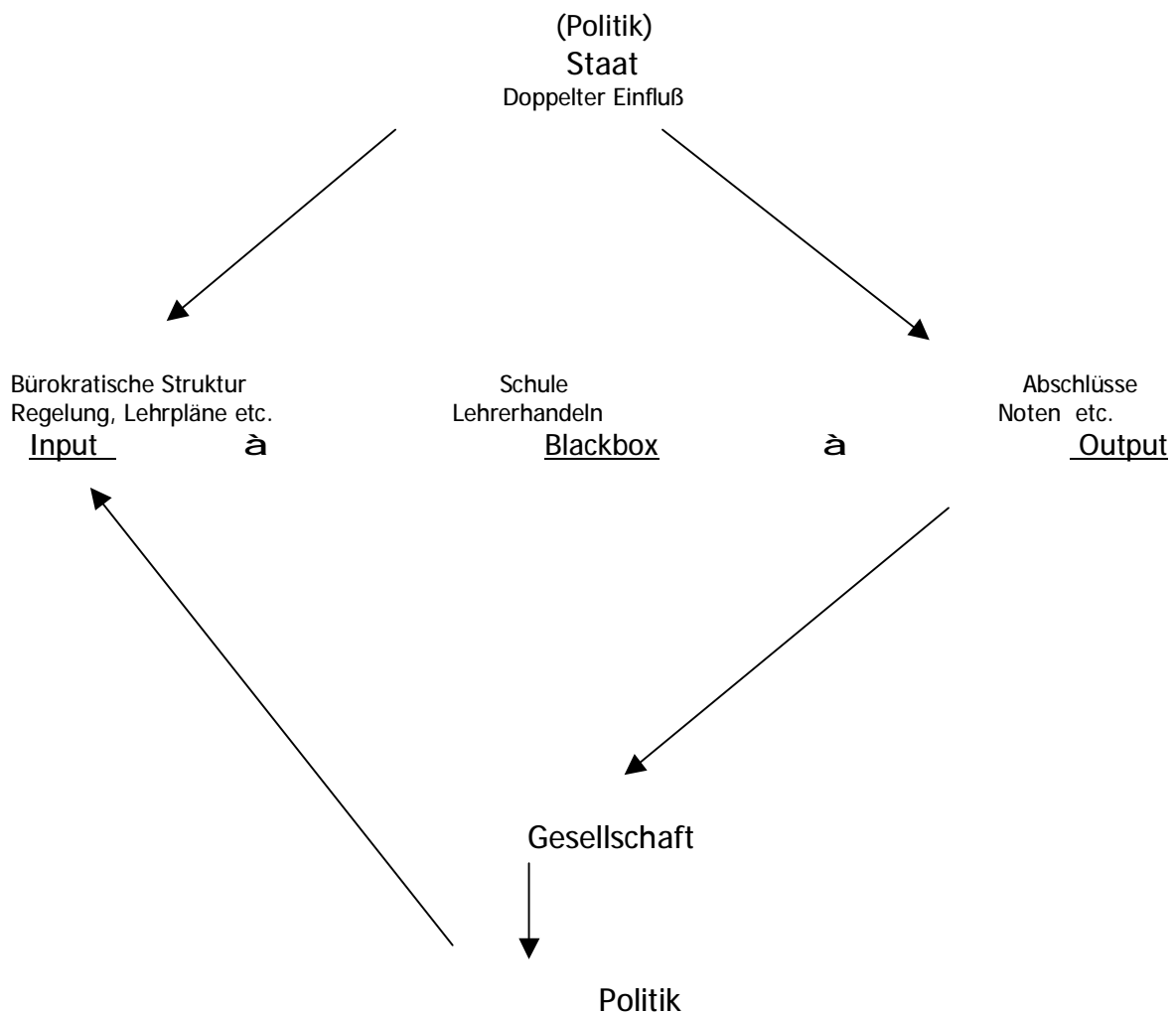
- Inputs sind bürokratische Strukturen, Gesetze, Verordnungen, amtliche Lehrpläne, Stundentafeln, Lehrerstunden, Schulbücher, Sachmittel etc.
- Outputs sind vor allem Noten und Zeugnisse, aber auch etwa die Quoten von Abbrechern und Schulschwänzern.

Weitgehend offen bleibt dagegen, was die Inputs konkret bewirken und auf welche Weise zwischen In- und Outputs vermittelt wird.

(Dazu u.a.: Tom Stryck; *Qualitätssicherung auf der Geisterbahn – was hat Schulaufsicht mit Schulqualität zu tun?* Z.f.P. 41. Beiheft 00 S.115ff)

Abb. 1

Schule als Blackbox



1.2)Strukturelle Hemmschuhe der Entwicklung

Vor allem drei Faktoren scheinen es mir zu sein, die das jetzige System stabilisieren und eine konsequente Schulentwicklung behindern. Alle drei stehen in funktionaler Beziehung und verstärken sich z.T. gegenseitig:

- a. Die Koppelung der Abschlüsse an das Berechtigungswesen
- b. Die tendenzielle "Privatisierung" des Lehrerhandelns
- c. Der innere Widerspruch des schulischen Auftrags

zu a. Durch die Koppelung der Abschlüsse an das Berechtigungswesen erhalten diese einen von der jeweiligen Schule und deren Leistungen unabhängigen Wert. Die Leistungen der einzelnen Schule werden so in ihrer Bedeutung relativiert. Das isolierte Ergebnis wird wichtiger als der Prozeß dorthin.

Zu b. Schule bildet die unterste Ebene einer Verwaltungs-hierarchie und unterliegt somit bürokratischer Kontrolle. Doch die Reichweite dieser Kontrolle ist relativ begrenzt, die Schulpraxis dagegen und das Handeln der Lehrkräfte sind relativ komplex. Ein Großteil der Praxis bleibt daher der Kontrolle entzogen.

Beides zusammengenommen, der Eigenwert der Abschlüsse und die Begrenztheit bürokratischer Kontrolle hat zur Folge, daß den Lehrkräften relativ viel Freiraum zur Verfügung steht, um ihre Berufspraxis an die eigenen Bedürfnisse und Ressourcen anzupassen. *"Es gibt keine vergleichbaren Berufsgruppen, die derart kontrollfrei verfahren können"* J. Oelkers; *Pädagogik* Heft 12/ 03-

Doch gibt es hier auch zwei sehr wichtige Einschränkungen:

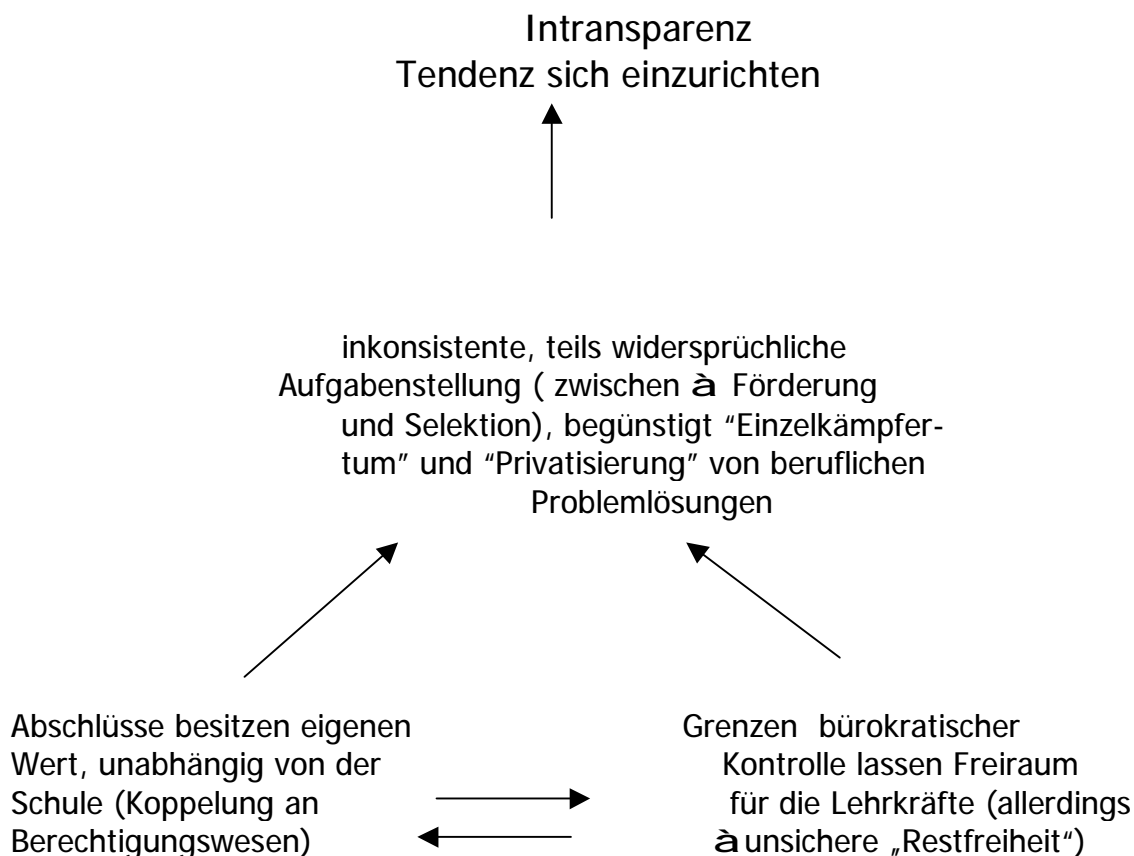
- Zum einen ist dieser Freiraum nicht gesetzlich zugestanden. Es handelt sich vielmehr um eine sogenannte "Restfreiheit" (Fürstenau), die bisher ungeregelt blieb, aber jederzeit "von oben" durch neue Maßnahmen und Weisungen eingeschränkt werden kann, über der also eine gewisse Unsicherheit liegt. Eine Freiheit demnach, die "zerbrechlich" ist und nicht zu sehr nach außen strapaziert werden darf.
- Zum anderen ist der Auftrag der Schule traditionell belastet durch innere Widersprüchlichkeit. Die Lehrkräfte benötigen also auch den Schutz ihres Freiraumes dazu, um diese Widersprüchlichkeit pragmatisch auszugleichen. Was ist damit gemeint?

Zu c. Schüler(innen) sollen pädagogisch gefördert und gleichzeitig selektiert, d.h. in eine Rangordnung mit ungleichen Chancen gebracht werden. Erst vor kurzem stellte Jürgen Oelkers in der SZ dazu fest, daß „das Verhältnis von Förderung und Selektion seit dem 19. Jahrhundert ein ungelöstes Problem darstellt“ (8.2.04).

Da es für eine inkonsistente, in sich widersprüchliche Aufgabe keine allgemein befriedigende rationale Lösung geben kann, ist die Versuchung groß, in seinem Freiraum zum „Einzelkämpfer“ zu werden und seine eigenen „Lösungen“ zu suchen. Dabei wird auch mal, je nach Bedarf, das eine gegen das andere ausgespielt, der Beamte gegen den Pädagogen und umgekehrt. Eine tendenzielle „Privatisierung“ der beruflichen Praxis also, welche die kollegiale Kooperation unter den Lehrkräften erschwert. Vorwürfe, etwa aus der Wirtschaft, den Lehrkräften fehle es an Teamgeist, verfehlen die Besonderheit der Situation. Ein Team kann nur dort erfolgreich sein, wo es für ein Problem eine gemeinsame, rational vertretbare Lösung gibt.

Abb. 2

Bausteine der Beharrung



3) Die äußere Polarisierung des beruflichen Feldes

Der Gegensatz von Selektion und Förderung wird dadurch verschärft, daß die beiden "feindlichen" Aufgabenbestandteile innerhalb des Schulwesens jeweils eigene, unterschiedliche Legitimationsfunktionen erfüllen und so dazu beitragen, daß die jeweiligen Elemente des Systems sich voneinander abkoppeln .

- Die Selektion (als quasi hoheitlicher Vorgang) liefert die Legitimationsgrundlage für die Schulbehörde und deren Anspruch auf bürokratische Regelung und Kontrolle der schulischen Praxis.
- Die Förderung dagegen legitimiert die akademische Ausbildung der Lehrkräfte und bildet den Gegenstand der akademischen Pädagogik als offizieller Bezugswissenschaft der Schule.

Wenn bis heute der Schwerpunkt in der Schule auf der Selektion liegt, so auch deshalb, weil diese sich (zumindest vordergründig) besser zentral regeln und kontrollieren läßt. Dabei muß man allerdings, wie dies normalerweise in der Praxis auch geschieht, die kritische Frage außer acht lassen, was Noten und Zeugnisse tatsächlich beinhalten und repräsentieren.

Pädagogische Förderung dagegen ist eine komplexe Aufgabe, welche jeweils angepaßt werden muß an die individuelle Problemsituation. Eine Aufgabe also, zu deren Bewältigung auch gehört, eigene Kontroll-, Rückmelde- und Evaluationsverfahren zu entwickeln (die pädagogische Leistung einer Regelschule entstammt daher mehr dem privaten Engagement der Lehrkräfte, als der Logik des Schulsystems. Die Schule hat zwar formell einen Bildungsauftrag, de facto fristet dieser aber bis heute eher ein Schattendasein).

Dieses Auseinandergehen von Schulpraxis und akademischer Ausbildung erzeugt den schon sprichwörtlichen "Praxisschock", der häufig entsteht, wenn die frisch Ausgebildeten erstmals mit der Schul- und Berufspraxis konfrontiert werden.

Wie das nachfolgende Schema zeigen soll, entsteht zwischen den Polen Selektion und Förderung ein Spannungsfeld gegensätzlicher Erwartungen an die Akteure, insbesondere die Lehrkräfte, das konsequentes, rationales Handeln erschwert bzw. verhindert, Intransparenz begünstigt und das zugleich die Möglichkeit eröffnet und z.T. auch dazu zwingt, zwi-

schen diesen Polen nach Bedarf zu lavieren (was nach meinem Verständnis Einsamkeit und beruflichen Stress erzeugt).

Abb. 3

Traditionelles berufliches Spannungsfeld gegensätzlicher Erwartungen

Idealtypische Zuspitzung

Behörde bildung	Legitimation	Akademische Aus-
SELEKTION RUNG	< - >	FÖRDE-
Gerechtigkeit	leitende Norm	Bedürftigkeit
Beamter → Dienstherr (Staat)	Verpflichtung	Pädagoge → Klient(Schüler)
Zwischen Schülern (Eltern)	Konkurrenz	Zwischen Lehrkräften (Schulen)
Distanz (Schüler verbergen Ihre Schwächen eher)	Beziehung Schüler-Lehrer	Nähe(Schüler können sich mit ihren Schwächen öffnen)
werden eher bestraft	Fehler	werden eher konstruktiv benutzt
Abschlüsse (äußerlich, relativ, <i>Positionsgut</i> nach Fred Hirsch)	Wert	Bildung (innerlich, absolut wächst mit sozialer Verbreitung)
Lehrer-Schüler (ungleich)	Interesse	Lehrer-Schüler (gleichgerichtet)
hierarchisch eher von außen (Benotung durch Vorgesetzte)	Beurteilung, Bewertung der Berufsarbeit	horizontal eher von innen (Selbstevaluation, Fachgenossen)

Im Schulalltag läßt sich, je nach Bedarf, das eine gegen das andere ausspielen (?)

Schwerpunkt der Schulrealität < - > Schwerpunkt akademischer Ausbildung
B Praxisschock

Wird benötigt
(Voraussetzung)

Zivilcourage bei
Schüler(innen)

wird aufgebaut
(Aufgabe)

Exkurs: Folie Zieglerzitat: Die Klage darüber, daß individuelle, pädagogische Förderung aus der Schule verdrängt wird durch das Vordringen bürokratischer Strukturen ist sehr alt, wie das folgende Zitat aus dem 19. Jahrhundert zeigt

Vorläufige Schlußfolgerung.

Die bisherigen Überlegungen haben ergeben, daß die strukturelle Intransparenz der Schule und der innere Widerspruch ihres Auftrages die Kooperation unter ihren Akteuren tendenziell erschwert bis verhindert. Dies gilt nicht nur für die Akteure im engeren Sinne, den Lehrkräften, Schüler(inne)n und Eltern untereinander, es gilt auch für das Verhältnis von Schule bzw. Lehrkräften und Verwaltung und dem von Lehrkräften und pädagogischer Wissenschaft. Im einen Falle sind die Lehrkräfte primär Objekte der Kontrolle und Bewertung, im anderen primär Objekte der Forschung. Schule kann aber nur dann selbst zu einer sich entwickelnden, d.h. "lernenden Institution" (aus: *Die Helene-Lange-Schule Wiesbaden*; Verlag Bergmann&Helbig 97) werden, wenn es gelingt, nicht nur die Lehrkräfte, sondern auch die Schüler als Subjekte und Partner von Kontrolle wie auch von Forschung zu gewinnen.

Zu Frage 2

2.1) Staatliche Wohlfahrt ohne Nachhaltigkeit.

Der Wohlfahrtsstaat, wie er aus den politischen Visionen der Nachkriegszeit hervorging, ist nicht mehr finanzierbar und wird zusehends von seinen Hypotheken eingeholt. Wie immer die Erklärungen auch lauten mögen, ob es die Selbsttäuschungen und billigen Wahlversprechen der Vergangenheit sind oder die Kosten „neoliberaler“ Globalisierung, die demographische Entwicklung oder das *Geld-Syndrom*“ (Helmut Creutz; Econ Verlag 2001). Ein Fazit ist immer gleich, gebraucht wird die Partizipation kritischer, eigenverantwortlicher Bürger(innen), teils um den Staat akut von Leistungen zu entlasten, teils aber auch, um eine realistische Wende und zukunftsfähige Sozialpolitik überhaupt zu ermöglichen.

2.2) Nachhaltigkeit ist mehr als technischer Fortschritt

Der Glaube an den technischen Fortschritt ist heute gebrochen. Einerseits ist dieser Fortschritt noch immer ein (letzter?) Hoffnungsträger und wird daher schon als Perspektive benötigt. Andererseits erzeugt er ständig unkalkulierte Nebenfolgen, die man früher einfach den gesellschaftlichen und ökologischen Pufferkapazitäten überlassen hat. Heute ist dies nur noch bedingt möglich, weil die Pufferkapazitäten sich erschöpfen.

Daraus entstehen zunehmend lokale und individuelle Anpassungsprobleme, die sich ihrerseits, schon durch ihre Spezifität, einer allgemeinen, technischen Lösung entziehen.

Beispiel 1

So stellt zwar die Technik ganz allgemein immer mehr Informationen bereit, gleichzeitig wird es aber im Einzelfall auch immer schwieriger, eine sinnvolle Auswahl zu treffen. Ein grundsätzliches und zugleich dezentrales, "transdisziplinäres" Problem, das nicht allein "stellvertretend", durch Technik und Fachleute, gelöst werden kann. Erforderlich ist vielmehr die aktive (nachhaltige) Einbeziehung der jeweils Betroffenen. Die Lösungschancen hängen daher von deren Bildungsprozessen ab.

Beispiel 2

Auch der technische Fortschritt in der Medizin macht den "mündigen Patienten" und dessen eigenen Beitrag zur Problemlösung keineswegs überflüssig. Vielmehr wird dieser immer wichtiger (Anpassung der Behandlung an Einzelfall, Begrenzung ökonomischer Interessen, Entlastung der immer teurer werdenden medizinischen Versorgung durch Prävention bzw. gesunde Lebensweise → Selbsthilfegruppen immer wichtiger)

2.3. Offene Fragen des Marktmodells

Wenn es um die Verbesserung von Leistungsangeboten geht werden heute gerne die Marktkräfte beschworen und – im Interesse aller - eine fortschreitende Privatisierung staatlicher Leistungsbereiche gefordert. Dabei entsteht oft der Eindruck, als sei "der Markt" eine Art Naturgegebenheit, die nur darauf wartet, in Anspruch genommen zu werden. Tatsächlich aber ist "der Markt" ein "künstliches Gebilde", das immer nur so gut funktioniert, wie die jeweiligen politischen Regelungen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (z.B. die Rechtsverhältnisse, der Bildungsstand etc.) dies zulassen. Traditionell wird dem Staat die Aufgabe zugeteilt, die Rahmenbedingungen zu gestalten, doch fällt diesem die

Gestaltung immer schwerer. Denn zum einen nimmt die Reichweite staatlicher Macht im Zuge der Globalisierung ab, während zum anderen gleichzeitig auf dem Markt die Machtgefälle zwischen den Akteuren immer größer werden. Der Staat ist daher auch hier zunehmend auf Entlastung durch das öffentliche Engagement von Bürger(innen) angewiesen (so lassen sich z.B. erfahrungsgemäß Umweltgesetze nur dort auch vollziehen und durchsetzen, wo diese von den Bürger(innen) bzw. der Zivilgesellschaft mitgetragen werden).

Fazit: Die skizzierten gesellschaftlichen Prozesse haben alle eines gemeinsam, sie machen deutlich, daß eine nachhaltige Entwicklung in zunehmendem Maße von Bildungsprozessen abhängt.

Funktionen, die traditionell der Staat wahrnimmt, verlagern sich auf die Bürger- oder Zivilgesellschaft. Dabei geht es um mehr als um den Ausbau und die Sicherung der Demokratie. Es geht um die dezentrale Verlagerung und Lösung von teils existenziellen Problemen, die zu komplex geworden sind, um noch zentral und stellvertretend, allein durch Technik, Administration oder über den Markt gelöst werden zu können. Das Bildungswesen erhält dadurch mehr und mehr eine Schlüssel-funktion, die es nur erfüllen kann, wenn es gelingt, den Schulen und vor allem den Lehrkräften mehr Verantwortung zu übertragen und den Schwerpunkt des schulischen Auftrages immer weiter von der Selektion zur pädagogischen Förderung zu verschieben.

Der dritte und letzte Teil meines Referates wird sich mit Möglichkeiten und Chancen befassen, dort wo es besonders wichtig ist, an der Basis, zu einem solchen Prozeß beizutragen.

Zu Frage 3

3.1 Von Examina zu komplexen Fähigkeiten

Die Erwartungen an die Schule, die traditionell der Staat definiert, werden heute also in wachsendem Maße durch die Art der gesellschaftlichen Problementwicklung mitbestimmt. Denn gebraucht werden weniger Noten und Abschlüsse als vielmehr komplexe Fähigkeiten, die sogenannten "Schlüsselkompetenzen", um den wachsenden privaten, beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Anforderungen zu entsprechen und gleichzeitig eine nachhaltige Entwicklung mittragen zu können.

Diese Erweiterung der Zielperspektive geht auch aus den neuen bayerischen Umweltrichtlinien für die Schulen hervor.

Dort heißt es u.a.: *„Hervorgehobenes Ziel ist, die Trennung von Lernen und Handeln und die beklagte Kluft zwischen verbal geäußertem Umweltbewußtsein und dem praktischen Handeln zu überwinden. Deshalb sollen die jungen Menschen über ihre Konsumgewohnheiten und Interessen nachdenken. Sie sollen Lebensstile hinterfragen und Lebensformen kennenlernen, die umweltgerecht und zukunftsfähig, also nachhaltig sind. Dazu sollen sie erkennen, daß sie Umweltschäden sowohl selbst verursachen als auch von ihnen betroffen sind und daß eine intakte Umwelt zum persönlichen Wohlbefinden beiträgt sowie Gesundheitsgefährdungen vermeidet. Ihnen muß bewußt werden, daß es bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung zu Ziel- und Interessenkonflikten kommt. Sie sollen einsehen, daß die gesamte Gesellschaft, die Politik, die Wirtschaft und die Industrie für eine nachhaltige Entwicklung verantwortlich sind“.*

Es geht also hier darum, zu erreichen, daß die Schüler(innen) ihre Lebensvorstellungen und Konsumgewohnheiten an die Bedingungen einer nachhaltigen Entwicklung anpassen. Doch ein derart komplexes pädagogisches Ziel, das noch dazu gegen die vorherrschenden gesellschaftlichen Tendenzen durchgesetzt werden muß, ist nicht allein von außen und auf direktem Wege, z. B. über den gewohnten Schulunterricht, vermittelbar. Mindestvoraussetzung ist vielmehr, daß Lehrkräfte und Schüler(innen) sich von vornherein selbst mit diesen Zielen identifizieren und sich aktiv an deren Verwirklichung beteiligen.

Damit stellt sich die Frage, wie man diese dafür gewinnen kann, ihren Konsum Einschränkungen zu unterwerfen und auf gewisse Güter und Annehmlichkeiten zu "verzichten"? Der moralische Appell und der Hinweis auf die Belastung künftiger Generationen reichen hierzu sicherlich nicht aus in einer Welt, in der zwar viel von Nachhaltigkeit die Rede ist, in der aber bis heute, auch in der Politik, offensichtlich ganz andere Ziele Priorität haben, allen voran das Wachstum der Wirtschaft?

3.2 Der Vorsprung der Praxis

Zum Glück hat die Praxis hier die Antwort bereits vorweggenommen in Gestalt einer, nach meiner Einschätzung wachsenden Zahl von Initiativen im Bildungssystem, wie sie auch von unserer Stiftung gefördert und ausgezeichnet werden. Dabei haben wir schon sehr früh gelernt, zwischen zwei Arten von Initiativen zu unterscheiden:

Den additiven und den integrativen.

Die Additiven Initiativen fügen der Schule etwas Neues hinzu (z.B. einen Schulgarten). Was dann aus diesem Neuen gemacht wird, ob dies zu einer positiven Entwicklung beiträgt, bleibt Sache der Schule.

Die Integrativen dagegen mischen sich nach außen in akute gesellschaftliche Probleme ein (wie die Heizungssanierung, Frau Fluch und ihr Team haben gezeigt, daß ein Weg aus der Schule hinaus durch den Heizungskeller führt), wo sie dann entweder scheitern oder aber eine eigene Dynamik entwickeln, die nicht mehr einfach gestoppt werden kann und im

- günstigsten Fall die ganze Schule mitreißt,
- im ungünstigsten aber die Initiative von der Schule abkoppelt (z.B. durch Gründung eines eigenen Vereins).

Alle diese integrativen Akteure haben offenbar - mehr oder weniger bewußt - entdeckt, daß das Gebot der Nachhaltigkeit nicht notwendig Verzicht bedeutet, sondern auch als Chance für Bildungsprozesse genutzt werden kann, welche die Interessen des Einzelnen mit denen der Gesellschaft verbinden.

Dies gelingt, indem sie sich Problemen zuwenden, die zwar kaum noch jemand bestreitet (z.B. die CO₂-Problematik oder die wachsende Armut, nicht nur in der "3. Welt") vor denen die offiziellen Lösungsinstanzen (Staat, Markt etc.) aber versagen vor allem aus zwei Gründen.

1. Weil die Probleme sich durch ihre Individualität einer zentralen Lösung entziehen, also nur dezentral und kommunikativ, angepaßt an die jeweiligen Ressourcen, gelöst werden können.
2. Weil diese Probleme im blinden Fleck der herrschenden Interessen liegen oder eine Lösung sogar gegen diese Interessen verstößt.

Auf diese Weise leisten die Initiativen

- einerseits, auf der Handlungsebene, einen anerkannten Beitrag zur Problementlastung in der Gesellschaft und
- andererseits haben sie, auf der existenziellen Ebene, ihren Teilnehmern etwas zu bieten, das man nicht kaufen kann und das sich durch Konsum (d. h. persönliche Entlastung), gerade nicht erreichen läßt, nämlich eine Chance, sich selbst durch Engagement und sinnvolles Handeln zu verwirklichen, also die eigenen Potentiale zu entfalten.

So entsteht eine Art kollektiver Bildungsprozeß, der nicht nur die Kräfte der einzelnen Mitglieder freisetzt, sondern diesen zugleich auch einen sozialen Rückhalt bietet. Oder aber ein Prozeß, wie es in der pädagogischen Sprache des 19. Jahrhunderts heißt, "*in dem jeder Schüler die Erkenntnis gewinnen kann, daß das Ich sich fördert, wenn es dem Du behilflich ist zum schönen und edlen Ziele*" (Scheibert 1848H.W.d.P. Beltz 04S.8 52) Anders gesagt, ein evolutionärer Vorgang, an dessen Anfang

gewöhnlich keine große Idee steht, der sich vielmehr aus kleinen, oft zufälligen Anlässen (z.B. Zeitungsnotiz) heraus entwickelt in Richtung auf allgemeine, als sinnvoll anerkannte Ziele (z.B. Energiesparen), indem er möglichst viele der Gelegenheiten und Ressourcen nutzt, die sich bieten.

Im Mittelpunkt der Aktivität steht dabei ein ständiger Wechsel zwischen Handlung und Reflexion. Die Handlung treibt den Prozeß nach außen weiter, während die Reflexion nach innen Klarheit und Konsens über die Ziele stiftet, neue Handlungsperspektiven eröffnet und vor allem auch die Voraussetzung dafür bildet, das eigene Anliegen öffentlich vertreten und immer neue Ressourcen erschließen zu können. Von außen gesehen also ein sich selbst organisierender Prozeß, der den wachsenden Sinnbedarf einer an ihre Grenzen stoßenden kapitalistischen Wachstumsgesellschaft für sich als Ressource nutzt zur Mobilisierung sozialer Energie. Wie wichtig diese Verbindung aus innerer Bildung und äußerer sozialer Strukturentwicklung ist für eine nachhaltige Entwicklung der Marktwirtschaft, zeigt eine einfache Überlegung.

3.4. Optimum versus Maximum

Von den Vertretern einer "freien Marktwirtschaft" wird immer wieder behauptet, daß der Markt, insbesondere aber der Wettbewerb der Anbieter untereinander letztlich dem Konsumenten zugute komme, weil sich dadurch das Angebot ständig vergrößere, verbessere und verbillige. Der Kunde wird, wie es heißt, auf diese Weise zum König, der die Wahl hat und das Angebot bestimmt

Doch diese Behauptung ist richtig, wenn überhaupt, nur unter bestimmten historischen Voraussetzungen. Solange die Rahmenbedingungen stimmen, Macht und Reichtum sich hinreichend verteilen und ein spürbarer Mangel an marktfähigen Gütern besteht, wie dies z.B. in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg weitgehend der Fall war, solange stimmen die Interessen von Konsumenten und Anbietern einigermaßen überein

Je mehr aber der Mangel verschwindet und der Markt sich sättigt, um so deutlicher wird, daß zwischen Konsumenten und Anbietern ein fundamentaler Unterschied besteht.

Für den einzelnen Menschen als Konsumenten ist es wichtig, schon mit Rücksicht auf seine begrenzte Lebenszeit, seinen Konsum zu optimieren. Für den Produzenten (Anbieter) hingegen, den der Wettbewerb zwingt, zu wachsen und seine Produktivität ständig zu steigern, ist es wichtig, den Konsum zu maximieren.

Weil das Optimum sich einer objektiven Bestimmung entzieht, erzeugt der Markt so eine Art ständigen Kampf zwischen Anbietern und Konsumenten um die menschliche Lebenszeit. Während der Mensch als Konsument bestrebt sein muß, seinen Konsum und sein Leben selbst zu kontrollieren, stehen die Anbieter unter dem Zwang, möglichst viel Waren und Dienstleistungen in diesem Leben unterzubringen.

“Selbstverwirklichung“ bedeutet daher aus der Sicht der Marketingstrategen, daß jeder Konsument sich sein eigenes Konsumprofil zusammenstellt, bevorzugt aus teuren “authentischen“ (wie es heißt à Lewis/Bridger, *Die neuen Konsumenten*; Campus 2001 S.38ff) Markenartikeln. Die Wunschvorstellung ist dabei, daß ein solcher Konsum immer neuen Konsum nach sich zieht, *“bis das Konsumieren schließlich zur Lebensform wird, einer zwanghaften allerdings (Lewis/Bridger S. 229)*

Hierbei stehen die Anbieter zwar untereinander in Konkurrenz, sind sich aber gegenüber dem Konsumenten in einer Hinsicht alle einig: Der Mensch als Konsument soll sein Leben möglichst veräußerlichen, d.h. er soll immer mehr Zeit äußeren, marktfähigen Dingen widmen und möglichst viel von diesen kaufen.

Der Kunde hört also auf König zu sein, wenn es darum geht, nicht zu konsumieren. Wenn der Kunde nichts kauft, sagt man daher auch niemals, daß dieser nichts braucht, sondern daß er unsicher ist, kein Vertrauen in die Zukunft hat und daß die Politik dringend aufgerufen ist, dieses Vertrauen wieder herzustellen.

In Wahrheit gibt es hier, nicht nur unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, zwischen Optimum und Maximum, zwischen Mensch und Markt keinen legitimationsfähigen Kompromiß in der Weise, daß die Konsumenten, dem Wirtschaftswachstum und der Gewinnmaximierung zuliebe, zunehmend mehr kaufen, als sie eigentlich gebrauchen (private Konsumlager in den USA, immer dickere Kinder, Geländewagen auf normalen Straßen usw.) .

Um eine solche Entwicklung zu stoppen bzw. zu verhindern, die jede Aussicht auf Nachhaltigkeit zerstört und die Ökonomie immer mehr zum Zweck des Menschen werden läßt, kommt es m.E . auf Zweierlei an:

- einerseits auf Bildungsprozesse, die einen geistigen Raum entstehen lassen, als Voraussetzung für innere Freiheit und Distanzierung und
- andererseits aber auch auf alternative Angebote der Selbstentfaltung, die eine praktische Distanzierung zur Warenwelt des Marktes ermöglichen und deutlich machen, daß dem Konsum zwar keine unwichtige, aber eben nur eine dienende Funktion zukommt.

Die von uns geförderten Initiativen gehören, mit vielen anderen, zu den Pionieren, an denen studiert werden kann, wie beides zusammenhängt.

Daher ist es wichtig, nach Möglichkeiten zu suchen, wie diese Initiativen weiter gefördert und innerhalb des Bildungswesens institutionell, als "Motor" der Entwicklung gefestigt werden können. Hierzu sind sie auch deshalb besonders geeignet, weil sie, gestützt auf die soziale Energie, die sie von außen zuführen, im traditionellen Spannungsfeld der Schule eine Ausnahmesituation herstellen, in der Neues Platz hat und die gewohnten Beziehungen sich verändern können.

Dazu gehört es auch, einen Weg zu finden, wie die Wirtschaft an dieser Förderung beteiligt werden kann, ohne befürchten zu müssen, daß auf die Entwicklung selbst Einfluß genommen wird. Denn letztlich liegt es im eigenen Interesse der Wirtschaft, daß die Konsumenten nicht mehr und mehr für ein Wirtschaftswachstum instrumentalisiert werden, das sich notwendig selbst zerstört.

Die einzige Möglichkeit, die ich sehe, um dies zu verhindern, liegt in der Entwicklung des Bildungssystems zu einer öffentlich kontrollierten Einrichtung mit einem von den kurzfristigen Interessen der Wirtschaft wie auch der Politik unabhängigen Auftrag. Das Bildungssystem, sehr allgemein gesagt, als autonome Institution der Machtverteilung, die der Tendenz der Gesellschaft, speziell des Marktes zum Aufbau von Machtgefällen entgegenwirkt und Machtprozesse sinnvoll durch Kommunikation ersetzt.